

XIX. GP-NR
Nr. 282 /A (E)
Präz. 01. Juni 1995

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

der Abgeordneten Wabl, Anschober, Freundinnen und Freunde

betreffend Schaffung eines Energieverbundes zwecks Krsko-Schließung

Im Rahmen des vorwöchigen Slowenien-Besuches einer österreichischen Parlamentarierdelegation mit Präsident Dr. Fischer an der Spitze war die Schließung des Kernkraftwerkes Krsko erneut und zurecht eines der dominanten Themen. Nach dem grundsätzlichen Schließungsbeschuß Sloweniens und aufgrund der zahlreichen bestehenden Sicherheitsmängel in Krsko stehen Aktivitäten Österreichs mit der Zielsetzung einer Außerbetriebnahme binnen kürzester Zeit gegenwärtig im Mittelpunkt der Diskussion.

Die Schaffung eines "Österreichisch-Slowenischen Energieverbundes" (ÖSE) wurde in diesem Zusammenhang grundsätzlich begrüßt (apa350, 25.5.95 Fischer: "Österreichischer Ersatzstrom für Slowenien möglich"; apa007, 24.5.95 "Slowenische Abgeordnete regen Einsetzung einer bilateralen Arbeitsgruppe an, die Möglichkeiten der Schaffung eines ÖSE prüfen soll"), und würde sich im Rahmen der gegebenen Umstände und aktuellen Voraussetzungen als zielführende Initiative anbieten.

Einerseits müßte Slowenien derzeit in Krsko Großinvestitionen für diverse Sanierungsmaßnahmen im Ausmaß von rund 500 Mio US\$ tätigen, die ebenso für einen derartigen Energieverbund eingesetzt werden könnten. Andererseits existieren in Österreich für den Zweck der Substitution von Krsko ausreichende Kapazitäten im Kraftwerkspark, wie auch ausreichend freie Kapazitäten im bestehenden Leitungsnetz, deren zielgerichteter Einsatz in einem Energieverbund geplant und realisiert werden könnte.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, auf Basis der ausreichenden österreichischen Kapazitäten und im Bewußtsein der möglichen Milliardeninvestitionen für den AKW-Weiterbetrieb alle notwendigen Schritte zur Schaffung eines "Österreichisch-Slowenischen Energieverbundes" mit dem Ziel der raschestmöglichen Schließung des Kernkraftwerkes Krsko zu unternehmen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuß vorgeschlagen.